

# Niederschrift

## RAT/VII/31

Niederschrift über die Sitzung des Rates der Gemeinde Rosendahl am 29.11.2007 im Sitzungssaal des Rathauses Rosendahl, Osterwick, Hauptstraße 30, Rosendahl.

Anwesend waren:

### Der Bürgermeister

Niehues, Franz-Josef

### Die Ratsmitglieder

Barenbrügge, Theodor  
Branse, Martin  
Everding, Clara

anwesend bis einschl. TOP  
7 ö. S.

Fedder, Ralf  
Fliß, Thomas  
Haßler, Christa  
Henken, Theodor

anwesend bis einschl. TOP  
3.1. nö. S.

Isfort, Mechthild  
Kuhl, Horst  
Löchtefeld, Klaus  
Mensing, Hartwig  
Neumann, Michael  
Niehues, Hubert  
Reints, Hermann  
Riermann, Günter  
Rottmann, Josef  
Schenk, Klaus  
Schröer, Martin  
Schulze Baek, Franz-Josef  
Söller, Hubert  
Steindorf, Ralf  
Tendahl, Ludgerus  
Weber, Winfried  
Wessendorf, Ulrich  
Wünnemann, Werner

anwesend bis einschl. TOP  
7 ö. S. und tlw. TOP 8 ö. S.

### Von der Verwaltung

Gottheil, Erich  
Isfort, Werner

Allgemeiner Vertreter  
Fachbereichsleiter

anwesend bis einschl. TOP  
4 ö. S.

Wellner, Norbert  
Roters, Dorothea

Fachbereichsleiter  
Schriftführerin

Es fehlten entschuldigt:

Die Ratsmitglieder

Newman, Claudia

Beginn der Sitzung:

19:40 Uhr

Ende der Sitzung:

23:57 Uhr

## Tagesordnung

Bürgermeister Niehues begrüßte die Ratsmitglieder, die erschienenen Zuhörer sowie den Vertreter der Presse, Herrn Barisch. Er bat für den etwas verspäteten Beginn der Sitzung, der durch die vorangegangene Einweihung der Holzhackschnitzelheizung im Schulzentrum Osterwick bedingt gewesen sei, um Verständnis.

Er stellte fest, dass mit Einladung vom 20. November 2007 form- und fristgerecht geladen wurde und dass der Rat beschlussfähig sei. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

Vor Einstieg in die Tagesordnung erkundigte sich Ratsmitglied Wessendorf nach dem Tagesordnungspunkt zur Sitzungsvorlage VII/589 „Eintragung des jüdischen Friedhofes im Ortsteil Osterwick in die Denkmalliste der Gemeinde Rosendahl gem. § 3 Abs. 1 Denkmalschutzgesetz (DSchG)“. Hierüber sollte laut Sitzungsvorlage in der Ratssitzung entschieden werden.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass eine Beschlussfassung für den Rat versehentlich vorgesehen worden sei. Vielmehr habe der Sport-, Kultur-, Familien- und Sozialausschuss gemäß der zurzeit gültigen Zuständigkeitsordnung in seiner Sitzung am 8. November 2007 hierüber abschließend entschieden.

### **1 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ratssitzungen**

Allgemeiner Vertreter Gottheil berichtete über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung des Rates gefassten Beschlüsse. Der Bericht wurde ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

### **2 Aufstellung des Bebauungsplanes "Hoffmann" im Ortsteil Holtwick hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB) sowie Beschluss zur öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB Vorlage: VII/600**

In einem Sachvortrag erläuterte Fachbereichsleiter Wellner anhand von Folien die aktuellen Planungen. Ein neuer Übersichtsplan wurde vorgestellt, wonach die Zuwegung zum Regenrückhaltebecken nicht mehr Teil des Bebauungsplanes sei. Im übrigen hätten die Fraktionen zwischenzeitlich schriftlich die den Änderungen angepasste Begründung und den aktuellen Bebauungsplan erhalten. Fachbereichsleiter Wellner ergänzte, dass die Fa. Hoffmann nun aktuell plane, anstelle eines zweiten Spänebunkers den vorhandenen Spänebunker aus Kostengründen von derzeit 10 m auf 15 m aufzustocken. Diese Erhöhung des Spänebunkers von 10 m auf 15 m – müsse in der Begründung noch nachgetragen werden.

Ratsmitglied Neumann erkundigte sich, ob durch die Erhöhung des Spänebunkers Gefahren für die Anlieger entstünden.

Fachbereichsleiter Wellner erklärte, dass eine gründliche Prüfung im Baugenehmigungsverfahren vorgenommen werde. Er ginge jedoch davon aus, dass bauordnungsrechtliche Probleme nicht zu erwarten seien.

Ratsmitglied Henken erkundigte sich, ob es technisch überhaupt möglich sei, den Spänebunker zu erhöhen.

Fachbereichsleiter Wellner erläuterte, dass dieses anscheinend der Fall sei. Seitens der Baugenehmigungsbehörde würde allerdings auch die Statik geprüft.

Abschließend wies Fachbereichsleiter Wellner darauf hin, dass der Zeitplan sehr eng gestrickt sei. Die Auslegung des Bebauungsplanes sei in der Zeit vom 13.12.2007 bis zum 14.01.2008 vorgesehen. Er schlug vor, den Satzungsbeschluss über den Bebauungsplan unmittelbar in der Ratssitzung am 30.01.2008 zu fassen, da bis zur nächsten Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses am 17.01.2008 die ggf. notwendigen Abwägungen nicht mehr rechtzeitig zu den Fraktionssitzungen erstellt werden könnten.

Der Rat erklärte sich mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

Anschließend fasste der Rat folgenden **Beschluss**:

Das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes „Hoffmann“ im Ortsteil Holtwick wird im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 für das Gebiet, das dem der Sitzungsvorlage Nr. VII/600 beigefügten Planentwurf zu entnehmen ist, beschlossen. Dieser Plan ist Bestandteil des Beschlusses.

Gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 2 und 3 wird i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB die öffentliche Auslegung beschlossen.

Dieser Beschluss ist gem. § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB i.V.m. § 13a Abs. 3 Nr. 1 und 2 ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

### **3 Sachstandsbericht über den NKF-Jahresabschluss 2006 Vorlage: VII/602**

Bürgermeister Niehues verwies auf eine Anfrage von Ratsmitglied Söller in der Sitzung des Rates am 20.06.2007, warum der Jahresabschluss nicht zeitgerecht vorläge. Er bat Fachbereichsleiter Isfort, die Gründe hierfür darzulegen.

Fachbereichsleiter Isfort erläuterte, dass die gemäß § 95 Abs. 3 GO vorgeschriebene Vorlage des Jahresabschlusses innerhalb einer dreimonatigen Frist nach Ablauf des Haushaltsjahres noch aus der Zeit des kameralen Haushaltswesens stamme. Diese Vorschrift sei trotz Einführung von NKF wortgleich aus der alten Fassung der Gemeindeordnung übernommen worden. Angesichts des neuen Finanzmanagements und der damit verbundenen neuen Strukturen sei aber mittlerweile offenkundig, dass eine solche Frist nicht eingehalten werden könne. Es gäbe daher konkrete Planungen, diese Fristenregelung gesetzlich zu ändern. Tatsache aber sei, dass die zurzeit noch gesetzlich vorgeschriebene Dreimonatsfrist nicht eingehalten worden sei.

Gemäß § 96 Abs. 1 GO solle eine Beschlussfassung über den Jahresabschluss

durch den Rat bis zum 31.12. des Folgejahres erfolgen. Er müsse mitteilen, dass auch diese Frist nicht eingehalten werden könne.

Diese Fristversäumnisse begründete er nachfolgend.

In den vergangenen 15 Jahren seien die gesetzlichen Fristen zur Vorlegung und Beschlussfassung des Jahresabschlusses immer eingehalten worden. Im kameraleen Haushaltswesen sei dies nie ein Problem gewesen, da bereits am 31.12. eines Jahres unmittelbar mit den Arbeiten am jeweiligen Jahresabschluss hätte begonnen werden können.

Mit der Einführung des NKF-Haushaltes sei aber eine besondere Situation entstanden, die nicht allein der Gemeinde Rosendahl zeitliche Probleme bereite.

Zum einen wies er darauf hin, dass die Umstellung auf einen NKF-Haushalt ein mehrjähriger Prozess sei. Sie erfordere entsprechende Schulungen, Testphasen, Spezialprogramme. Angesichts der personellen Engpässe und anderer organisatorischer Defizite stießen kleinere Kommunen wie Rosendahl sehr schnell an ihre Grenzen, die keine zeitlichen Spielräume mehr zulasse. In Rosendahl wäre der NKF-Prozess weitestgehend ein Zwei-Personen-Projekt. Im Vergleich zu anderen Kommunen sei diese personelle Besetzung die geringste ihrer Art.

Die Finanzbuchhaltung sei in personeller Hinsicht überfordert, da sie zwangsläufig vorhandene NKF-Wissensdefizite der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in den anderen Fachbereichen auffangen müsse. Die Bereinigung von Fehlbuchungen hätte zu einem erhöhten Aufwand in der Finanzbuchhaltung geführt.

Hinsichtlich der zur Verfügung stehenden Software erläuterte Fachbereichsleiter Isfort, dass die zuvor verwendeten Standardbuchungsprogramme im NKF nicht mehr einsetzbar seien. Speziell für das NKF entwickelte Programme müssten eingesetzt werden. Diese Programme seien jedoch noch nicht ausgereift, da die Erfahrungswerte noch fehlten. Die Programme würden zurzeit noch anhand des Echtbetriebes weiterentwickelt, was zwangsläufig zu Verzögerungen und Störungen führe. Kommunen wie Rosendahl, die bereits frühzeitig auf NKF umgestellt haben, hätten darunter zu leiden. Dank des Einsatzes des Leiters der Finanzbuchhaltung, Herrn Deitert, könnten manche Probleme gelöst werden; dieser habe quasi die Funktion eines Systementwicklers übernommen, da die Softwarefirmen derzeit ihren Arbeitsschwerpunkt weniger in der Systembetreuung, sondern vielmehr in der Vermarktung ihrer Produkte sähen. Mehrere Kommunen würden derzeit die geplante Einführung von NKF wegen der bekannten Softwareschwierigkeiten verschieben. Herr Isfort räumte allerdings ein, das Softwareproblem im Vorfeld unterschätzt zu haben, wies aber auch darauf hin, dass externe Hilfe kaum in Anspruch genommen würde und die knappe personelle Besetzung ein Ansteigen der Personalkosten verhindert hätte.

Ergänzend wies er auch noch auf einige spezielle Probleme hin, wie beispielsweise die aufwändigen Arbeiten, die zur Einbindung von Excel- und Access-Dateien in das neue Buchungsprogramm notwendig gewesen seien. Auch die Integration des Wasser- und Abwasserwerks in den Haushalt hätte viel Zeit in Anspruch genommen. In einigen Bereichen (z.B. Daten der Versorgungskasse) hätten verlässliche Daten erst zu einem sehr späten Zeitpunkt vorgelegen.

Herr Isfort verwies in diesem Zusammenhang auch auf das Beispiel der Stadt Velbert, die mit demselben Software-Anbieter wie die Gemeinde Rosendahl arbeite. Diese Stadt hätte bereits 2005, also ein Jahr früher als die Gemeinde Rosendahl auf NKF umgestellt. Die Stadt Velbert könne ebenfalls die gesetzlichen Fristen nicht einhalten und plane, bis zum 31.12.2007 den Jahresabschluss für das Jahr 2005 vorzulegen. Im Vergleich hierzu sei Rosendahl schon etwas weiter in der Erstellung des Jahresabschlusses.

Zusammenfassend stellte Herr Isfort fest, dass sowohl Herr Deitert als auch er selbst alles mögliche getan hätten und hierzu auch befähigt seien, die Arbeiten am Jahresabschluss voranzubringen. Er bat aber um Geduld und stellte eine Vorlage des Jahresabschlusses für das 1. Quartal 2008 in Aussicht. Im Januar 2008 könne auch der KAIRO-Jahresabschluss vorgelegt werden.

Soweit könne er den Rat über den aktuellen Sachstand informieren, den er allerdings nicht als Rechtfertigungsbericht verstanden wissen wolle.

Fraktionsvorsitzender Steindorf erklärte, dass die geleistete Arbeit des Fachbereiches seine besondere Anerkennung erhalte. Er frage sich allerdings, warum seitens des Bürgermeisters mehrfach angekündigt worden sei, dass der Jahresbericht pünktlich vorgelegt werden würde.

Ratsmitglied Schröder wies darauf hin, dass er den Ausführungen entnehme, dass es vorwiegend personelle Engpässe seien, die zu der Verzögerung der Arbeiten am Jahresabschluss geführt hätten. Dieses Problem hätte gelöst werden können, da seine Fraktion mehrfach die Bereitschaft signalisiert habe, bei personellen Problemen die Verwaltung zu unterstützen. Es könne doch auch nicht richtig sein, dass die Finanzbuchhaltung das gesamte Personal in der Verwaltung schulen müsse. Er fragte nach, warum keine externe Hilfe angefordert worden, sondern stattdessen die Belastung auf wenige Personen verteilt worden sei. Desweiteren erkundigte er sich nach den erwähnten Abgrenzungsproblemen. Diese Probleme seien doch auch in der Privatwirtschaft vorhanden und würden dort durch Bildung von Rückstellungen gelöst. Er fasste noch einmal zusammen, dass es falsch sei, aus Kostenersparnisgründen auf externe Hilfe zu verzichten. Für die anstehenden Haushaltsberatungen sei die Daten des Jahresabschlusses unerlässlich. Der Zeitpunkt dieses Berichtes über den Sachstand sei entschieden zu spät.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass mit der Einbringung des Haushaltsplanentwurfes 2008 am 19.12.2007 auch die vorläufigen Daten des Jahresabschlusses 2006 mitgeliefert würden. Nur der formale Abschluss würde sich wegen der genannten Probleme verzögern. Er habe mit Herrn Isfort mehrfach die personellen Probleme beraten, man sei aber zu dem Ergebnis gekommen, dass die Einarbeitungszeit für eine neue Kraft in der Finanzbuchhaltung eine größere Belastung statt eine Hilfe sei. Er verwies darauf, dass andere Kommunen weitaus größere Probleme als Rosendahl hätten.

Fachbereichsleiter Isfort ergänzte, dass ein weiterer Finanzbuchhalter erst sinnvoll eingesetzt werden könne, wenn das gesamte Programm fehlerfrei laufen würde, denn ein gemeindliches Finanzwesen sei nicht vergleichbar mit einem kaufmännischen Betrieb. Bezüglich möglicher Rückstellungen erklärte er, dass selbstverständlich für einige Bereiche Rückstellungen gebildet würden, diese aber in bestimmten Fällen schwer vorhersehbar seien und aufwändig hochgerechnet werden müssten. Hier würde die Bildung von Rückstellungen ggf. Abweichungen höheren Grades verursachen.

In der Verwaltung der Stadt Ahaus gäbe es vergleichbare Probleme, ließ Ratsmitglied Söller verlauten. Dieses sei kein für Rosendahl spezifisches Problem. Zur Problemlösung hätte man bei der Stadt Ahaus jedoch Personal zusätzlich eingestellt.

Fraktionsvorsitzender Branse erklärte, dass Fristen den Sinn hätten, dass sie eingehalten würden. Dies gelte so auch in der freien Wirtschaft. Nachträgliche Korrekturen seien schließlich möglich. Seine Fraktion habe schon sehr früh die Umstellung auf NKF gefordert. Wäre man dieser Anregung gefolgt, gäbe es die heutigen Zeit-

probleme nicht. Die beschriebenen Softwareprobleme seien nachvollziehbar, aber sie kämen auch nicht überraschend, denn die Einführung von NKF war absehbar. Für die Haushaltsberatungen müsse man aber nun mit dem Datenmaterial arbeiten, das zur Verfügung stünde.

Fachbereichsleiter Isfort wies erneut darauf hin, dass die Einführung von NKF ein jahrelanger Prozess sei, der bis heute noch nicht abgeschlossen sei, was letztlich doch auch am Beispiel der Umstellung des Kontenplanes im vergangenen Jahr offensichtlich geworden sei.

Ratsmitglied Löchtefeld erinnerte daran, dass die Jahresabschlüsse von Wasserwerk und Abwasserwerk nach der Eingliederung in den gemeindlichen Haushalt gesondert ausgewiesen werden sollten.

Fachbereichsleiter Isfort wies darauf hin, dass Wasserwerk und Abwasserwerk besonderen Produkten zugeordnet seien, aus denen die Teilbilanzen entwickelt und vorgelegt würden.

Ratsmitglied Schenk erkundigte sich, ob es bezüglich der Fristen bald eine gesetzliche Anpassung gäbe.

Fachbereichsleiter Isfort erklärte, dass seitens des Städte- und Gemeindebundes NRW dieses schon thematisiert werde. Eine Anpassung sei daher zu erwarten.

Fraktionsvorsitzender Weber wies darauf hin, dass solche Fristversäumnisse in der freien Wirtschaft untragbar wären, im kommunalen Sektor aber möglicherweise anders zu bewerten sei. Er fragte nach, warum es keine internen Schulungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gegeben hätte, um auf diese Weise zeitraubende Korrekturen zu vermeiden.

Fachbereichsleiter Isfort erläuterte, dass es in der freien Wirtschaft keinen vergleichbaren Fall gäbe und eine interne Schulung schwer umsetzbar gewesen wäre angesichts der Komplexität der Zusammenhänge.

Fraktionsvorsitzender Mensing erklärte, dass die Teilbilanzen bezüglich der ehemaligen Eigenbetriebe Wasserwerk und Abwasserwerk für die Beratung der Gebühren unverzichtbar seien und fragte nach, ob diese bis zur nächsten Sitzung des Ver- und Entsorgungsausschusses am 06.12.2007 nachgereicht werden könnten.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass diese Teilbilanzen für die Festlegung der Gebühren völlig unerheblich seien, da aus ihnen nichts abgeleitet werden könne.

Ratsmitglied Löchtefeld wies darauf hin, dass dieses nur für das Abwasserwerk, nicht aber für das Wasserwerk gelte.

Fachbereichsleiter Isfort erläuterte, dass beim Wasserwerk keine Kalkulationen nach dem Kommunalabgabengesetz (KAG) vorgenommen würden. Die Mittelbedarfe für das Jahr 2008 seien entscheidend, nicht aber die Ergebnisse des Jahres 2006. Maßgeblich seien die Plandaten 2008. Seien diese angemessen eingeschätzt, werde ein kostendeckendes Entgelt erhoben.

Ratsmitglied Neumann erklärte, dass ein vernünftiges Finanzmanagement nicht an den personellen Grenzen arbeiten dürfe. Die gesamte Arbeit dürfe nicht allein auf den Schultern von zwei Personen liegen. Die personellen Ressourcen in der Verwaltung seien besser auszustatten, damit die politischen Gremien richtig arbeiten könnten. Er fragte nach, ob es sich bei der Terminierung der Vorlage des Jahresabschlusses im 1. Quartal 2008 um eine Zielvereinbarung handele.

Fachbereichsleiter Isfort erklärte, dass man alles daran setzen werde, diesen Termin einzuhalten. Was die interne Schulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angehe, bestünde auch bei den Betroffenen ein gravierendes Zeitproblem, diese durchzuführen.

Ratsmitglied Everding fragte nach, ob angesichts des Zwei-Personen-Projektes im nächsten Jahr mit einer fristgerechten Vorlage des Jahresabschlusses zu rechnen sei.

Fachbereichsleiter Isfort erklärte, dass nur die aufbauenden Angelegenheiten in den Händen von zwei Personen lägen, ansonsten seien viele weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an dem Projekt beteiligt. Er gehe davon aus, dass der Abschluss für das Jahr 2007 erheblich früher vorliegen könne.

Ratsmitglied Fliß betonte, dass er es immer noch für eine richtige Entscheidung halte, dass die Gemeinde Rosendahl frühzeitig auf NKF umgestellt hätte. Bezüglich der Bilanz des ehemaligen Abwasserwerkes wäre die Vorlage einer Teilbilanz sehr von Interesse gewesen.

Fraktionsvorsitzender Weber erkundigte sich, ob es seitens der Kommunalaufsicht Probleme wegen der Fristversäumnisse geben könne.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass auch seitens der Kommunalaufsicht die Probleme mit der Umstellung auf NKF bekannt seien. Bisher habe noch keine einzige Kommune die Fristen einhalten können. Sogar der Haushaltsentwurf 2008 des Kreises Coesfeld werde wegen der Umstrukturierung auf NKF erst im März 2008 eingebracht. Auf Nachfrage von Ratsmitglied Neumann versicherte Bürgermeister Niehues, dass er die Gründe für die Fristversäumnisse mit der Kommunalaufsicht kommunizieren werde.

Ratsmitglied Fliß wies darauf hin, dass mit dem Produkthaushalt doch eigentlich schon realistische Zahlen vorlägen.

Fachbereichsleiter Isfort verneinte dies in Bezug auf einige Teilbereiche von Produkten wie z.B. Erschließungsbeiträge. Diese müssten zunächst noch bereinigt werden.

Ratsmitglied Schröer wies noch einmal darauf hin, dass eine vorausschauende Personalpolitik nötig sei. Schon heute solle man dieses bedenken, damit man nicht in zwei Jahren vor ähnlichen Problemen stünde.

#### **4 Prüfungsbericht der Gemeindeprüfungsanstalt NRW gem. § 105 GO NRW Vorlage: VII/567**

Der Rat folgte dem Beschlussvorschlag des Rechnungsprüfungsausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

1. Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt den Prüfungsbericht der Gemeinde-

prüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen über die überörtliche Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Gemeinde Rosendahl vom 31.01.2007 zur Kenntnis.

2. Mit dem Protokoll über die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses wird dem Rat der nach § 105 Abs. 5 GO NRW vorgeschriebene Bericht über den wesentlichen Inhalt des Prüfungsberichtes sowie das Ergebnis seiner Beratungen erteilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**5 Antrag der Kolpingsfamilie Osterwick vom 23.10.2007 auf Verlängerung der Trägerschaft der Offenen Jugendarbeit Rosendahl für das Jahr 2009  
Vorlage: VII/592**

Der Rat folgte dem Beschlussvorschlag des Sport-, Kultur-, Familien- und Sozialausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

- 1) Dem Antrag der Kolpingsfamilie Osterwick vom 23.10.2007 auf Verlängerung der Trägerschaft der Offenen Jugendarbeit Rosendahl für das Jahr 2009 wird entsprochen.
- 2) Für das Kalenderjahr **2009** wird ein Zuschuss für die Personal- und Sachkosten von bis zu 50.000,00 € gewährt. Über die Verwendung des Zuschusses ist ein Verwendungsnachweis vorzulegen. Zuschussmittel, die in einem Kalenderjahr nicht verbraucht wurden, sind mit dem Folgejahr zu verrechnen. Sie können mit Zustimmung des Sport-, Kultur-, Familien- und Sozialausschusses auf das nächste Jahr übertragen werden, wenn dieses sachlich begründet ist.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Bürgermeister Niehues fügte ergänzend noch an, dass seitens des Kreises Coesfeld zukünftig andere Förderungsmodalitäten in der Offenen Jugendarbeit angedacht seien. Sollte dieses in die Tat umgesetzt werden, müsse ggf. für das Jahr 2009 neu über die Förderung der Offenen Jugendarbeit Rosendahl beraten und beschlossen werden.

**6 Gewährung von Leistungsentgelten für die Beamten der Gemeinde Rosendahl  
Vorlage: VII/603**

Ratsmitglied Söller wies darauf hin, dass es für die Beamten bezüglich der Leistungsentgelte andere Regelungen gäbe als für die Beschäftigten. Während bei den Beschäftigten alle anhand eines Punktesystems Teilhabe an den Leistungsentgelten hätten, könnten aus dem Kreis der Beamten nur 30 % daran partizipieren.

Bürgermeister Niehues bestätigte dieses – der Gesetzgeber habe diese Hürde geschaffen.

Ratsmitglied Neumann erklärte, dass zunächst ein Leistungskatalog zu erarbeiten

sei, da keine Erfahrungswerte vorlägen.

Bürgermeister Niehues bestätigte dieses, wies jedoch darauf hin, dass hierfür noch rechtzeitig zum 30.09.2008 eine Dienstvereinbarung geschlossen worden sei. 2007 würde das Leistungsentgelt noch gleichmäßig an alle Beschäftigten verteilt, im Jahr 2008 werde jedoch eine Differenzierung nach Leistungskriterien vorgenommen.

Anschließend fasste der Rat folgenden **Beschluss**:

Der Gewährung von Leistungsentgelten an die Beamten der Gemeinde Rosendahl im Rahmen der jährlich hierfür zur Verfügung gestellten Haushaltsmitteln wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**7 Antrag der CDU-Fraktion vom 22.10.2007 auf offizielle Bestellung des Kämmerers der Gemeinde Rosendahl**  
**Vorlage: VII/601**

Bürgermeister Niehues erklärte, dass die Bestellung des Kämmerers gemäß § 62 Abs. 1 der Gemeindeordnung NW (GO NW) in der Entscheidungskompetenz des Bürgermeisters und nicht des Rates läge. Wenn es jedoch Wunsch des Rates sei, könne er diesem Wunsch entsprechen, da Herr Isfort sein volles Vertrauen besäße.

Fraktionsvorsitzender Steindorf erklärte, dass seitens der KPV eine andere Rechtsauffassung vertreten werde, wonach der Rat in der Lage sei, dieses Recht an sich zu ziehen, da die Gemeinde Rosendahl keinen gewählten Beigeordneten habe. Seitens seiner Fraktion würde aber nunmehr der Wunsch zur Bestellung des bisher beauftragten Kämmerers zum offiziellen Kämmerer geäußert.

Ratsmitglied Neumann kritisierte, dass diese Personalangelegenheit in öffentlicher Sitzung beraten werde, die WIR-Fraktion hätte ihn in nichtöffentlicher Sitzung erwartet. Zur Sache äußerte er sich in dem Sinne, dass die WIR-Fraktion keinen Grund sähe, das Entscheidungsrecht des Bürgermeisters in dieser Angelegenheit infrage zu stellen.

Fraktionsvorsitzender Branse äußerte die Auffassung, dass seitens der CDU-Fraktion mit diesem Antrag der Versuch unternommen werde, einen größeren Einfluss auf die Verwaltung zu nehmen und mehr Informationen zu gewinnen. Die SPD-Fraktion sähe keine Veranlassung, etwas an der bisherigen Situation zu verändern.

Ratsmitglied Schröder wies diese Vermutung nachdrücklich zurück. Schließlich sei es die SPD-Fraktion gewesen, die darauf gedrängt hätte, die Machtfülle des Bürgermeisters einzuschränken. Nach Aussage des Rechtsgutachtens sei diese Machtfülle das Problem der Vergangenheit gewesen. Mit der offiziellen Bestellung eines Kämmerers würde ein geeignetes Instrument für einen gewünschten Kontrollmechanismus genutzt.

Ratsmitglied Kuhl stimmte dieser Äußerung zu. Er halte es aber für unnötig, über unterschiedliche Rechtsauffassungen zu streiten, da der Bürgermeister sich bereit erklärt habe, dem Wunsch zu entsprechen. So läge die Verantwortung letztlich verteilt auf zwei Schultern.

Fraktionsvorsitzender Steindorf wies erneut auf das Rechtsgutachten. Dieses habe offenkundig gemacht, dass eine Verantwortungsteilung sinnvoll sei. Eigentlich müssten alle Fraktionen diesem Antrag zustimmen, denn ansonsten werde man ungläubwürdig.

Fraktionsvorsitzender Branse erläuterte, dass in der Vergangenheit die Situation eine andere gewesen sei. Der ehemalige Bürgermeister sei zusätzlich noch Werkleiter und Kämmerer gewesen. Hier habe man seiner Ansicht nach doch bereits einen Schuldigen gefunden. Die SPD-Fraktion habe jahrelang auf die fehlenden Jahresabschlüsse und ähnliches hingewiesen. Die Verantwortung läge schließlich immer noch beim Rat. Mit diesem Antrag würde die Arbeit des Rates auf andere abgewälzt.

Ratsmitglied Neumann erklärte, dass die WIR-Fraktion einverstanden sei, sollte der Bürgermeister Herrn Isfort zum Kämmerer bestellen.

Fraktionsvorsitzender Weber erklärte, dass seine Fraktion keinen Grund für die Bestellung eines Kämmerers erkennen könne. Die derzeitige Situation sei doch nicht schlecht und es gäbe keinen Grund zu klagen. Er fragte weiter nach, welche Konsequenzen eine Bestellung zum Kämmerer nach sich ziehe.

Bürgermeister Niehues erläuterte, dass der bestellte Kämmerer zwei weitere Befugnisse habe, indem er über- und außerplanmäßige Auszahlungen genehmigen und eine Haushaltssperre verhängen könne.

Ratsmitglied Everding erkundigte sich, ob damit auch weitere Kosten verbunden seien.

Bürgermeister Niehues verneinte dieses.

Fraktionsvorsitzender Branse stellte die Frage, warum der Bürgermeister auf Wunsch des Rates nun einen Kämmerer bestellen solle, wenn er dieses bislang aus eigenem Antrieb auch nicht gemacht habe.

Ratsmitglied Schulze Baek stellte den Antrag auf Abstimmung.

Fraktionsvorsitzender Steindorf formulierte daraufhin den modifizierten Beschlussvorschlag auf der Grundlage des CDU-Antrages.

Anschließend fasste der Rat folgenden **Beschluss**:

Es ist mehrheitlicher Wunsch des Rates, dass der derzeitig beauftragte Kämmerer, Herr Gemeindeoberamtsrat Werner Isfort, vom Bürgermeister offiziell zum Kämmerer der Gemeinde Rosendahl bestellt wird.

Abstimmungsergebnis:      15 Ja-Stimmen  
   8 Nein-Stimmen  
   3 Enthaltungen

Anschließend wurde eine Sitzungspause von 21.15 Uhr bis 21.25 Uhr eingelegt.

## **wicklungskonzeptes**

### **Vorlage: VII/590**

Fraktionsvorsitzender Steindorf erläuterte den Antrag seiner Fraktion anhand einer Power-Point-Präsentation. Aus der dargestellten Sachlage sei nunmehr im Hinblick auf die Auswirkungen des demographischen Wandels und den Wunsch nach einer familienfreundlichen Gemeinde ein Gemeindeentwicklungskonzept zu entwickeln. Seine Fraktion wolle nicht nur den formalen Antrag stellen, sondern diesen sogleich schon mit Inhalten füllen nach dem Motto „Stärken stärken, Schwächen schwächen“.

Die gezeigte Präsentation zeige die vorhandenen Stärken der Gemeinde und sei bereits mit großer Resonanz in der Öffentlichkeit vorgestellt worden, seitens der SPD würden bekanntlich ähnliche Ziele verfolgt. Der am Sitzungsabend eingereichte Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen über ein bürgerschaftliches Vorschlagswesen weise ebenfalls in eine ähnliche Richtung. Ein gemeinsames Vorgehen und eine Zusammenarbeit aller Fraktionen hielte er für vorteilhaft für die Gemeinde. Die CDU wolle bei diesem Projekt niemanden ausschließen.

Fraktionsvorsitzender Branse begrüßte den Antrag, es sei aber auch notwendig, die Schwächen zu beleuchten. In der Frage der Schulentwicklung fühle sich die SPD sehr wohl von der CDU ausgegrenzt. Alle Parteien sollten darlegen, welche Vorstellungen sie hätten.

Fraktionsvorsitzender Weber betonte, dass es Aufgabe der Politik und nicht der Verwaltung sei, ein Gemeindeentwicklungskonzept zu erstellen. Dieses sei von der Verwaltung personell nicht zu leisten. Die Präsentation, die auch in der Presse dargestellt worden sei, würde nur die positiven Aspekte beleuchten – dieses deute er als einen Vorläufer des Wahlkampfes. Seine Fraktion sei der Auffassung, dass die Entwicklung einer Strategie Aufgabe des Rates sei und werde dem Antrag daher nicht zustimmen.

Fraktionsvorsitzender Mensing erklärte, dass er diesen Antrag als eine Kapitulationserklärung der CDU werte. Es könne nicht richtig sein, dass die Verwaltung strategische Ziele entwickle. Dieses sei ureigenste Aufgabe des Rates. Wenn die CDU sich hierzu nicht in der Lage sähe, dann liefе irgendetwas bei ihr schief. Außerdem entnehme er dem Antrag der CDU, dass sie einerseits die Verwaltung auffordern möchte, tätig zu werden, gleichzeitig aber schon eigene Ergebnisse präsentiere. Er stellte die Frage, was die Verwaltung genau entwickeln solle. Im Gegensatz zur CDU würde die SPD eigene Konzepte entwickeln, und auch seine Fraktion sähe sich in der Lage, gemeinsam mit den anderen Fraktionen strategische Ziele zu formulieren. Aufgabe der Verwaltung sei lediglich, diese Ziele dann umzusetzen. Der Rat bestimme, „ob“ etwas gemacht werde, während die Verwaltung für das „wie“ zuständig sei.

Ratsmitglied Neumann dankte der CDU-Fraktion für die Erstellung der Präsentation. Die WIR-Fraktion habe bereits mehrfach den Bürgermeister aufgefordert, eine neue Ortsbroschüre aufzulegen, die dann möglichst allen Neubürgern zur Verfügung gestellt werden könne. Schließlich habe Rosendahl viel Positives vorzuweisen. Die WIR-Fraktion arbeite gerne an der Bestandsaufnahme und Analyse mit, möchte aber auf jeden Fall von Anfang an auch die Bürger in diesen Prozess integrieren. Am Beginn müsse eine Stärken-Schwächen-Analyse stehen, dann könne man ein Entwicklungskonzept erstellen und konkrete Planungen vornehmen.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass es auch sein langjähriger Wunsch sei, eine aktuelle Neubürgerbroschüre zu erstellen. Bislang sei dieses aber an der Finanzierung gescheitert, da sich diese Broschüre ausschließlich über Anzeigen finanziere. Für das Frühjahr 2008 sei jedoch hoffentlich mit einer neuen Broschüre zu rechnen.

Ratsmitglied Schulze Baek appellierte an alle Fraktionen, nicht alles Gute schlecht zu reden. Die Studien zur demographischen Entwicklung hätten eine für Rosendahl negative Entwicklung prognostiziert, daher sei es um so wichtiger, etwas für Bürger und Neubürger zu machen. Auf die Stärken Rosendahls hinzuweisen sei ein erster Schritt, um die Bürger an Rosendahl zu binden.

Fraktionsvorsitzender Steindorf verdeutlichte, dass es nicht sinnvoll sei, mit den eigenen Schwächen hausieren zu gehen, indem diese öffentlich diskutiert würden. Er stellte vor allem klar, dass der Antrag nicht vorsähe, die Verwaltung mit der Erstellung eines Gemeindeentwicklungskonzeptes zu beauftragen. Vielmehr ginge es darum, dass seitens der Verwaltung eine Strategie entwickelt würde, alle Beteiligten an einen Tisch zu holen, damit von diesen dann das Konzept entwickelt werden könne.

Ratsmitglied Neumann konnte sich diesem Vorschlag zur Vorgehensweise anschließen.

Ratsmitglied Schröer erklärte, dass er nicht nachvollziehen könne, warum etwas grundsätzlich Gutes schlecht geredet werde. Alle Fraktionen sollten an einem Strang ziehen. Der Auftrag an die Verwaltung sei so zu verstehen, dass diese eine organisatorische Klammer bilde, die alle Akteure zusammenbringe.

Fraktionsvorsitzender Weber betonte erneut, dass strategische Entscheidungen dem Rat vorbehalten seien. Daher lehne seine Fraktion die Beauftragung der Verwaltung ab. Die Klammerfunktion könne auch durch einen externen Moderator erfüllt werden. Über Schwächen müsse offen geredet werden, damit die Glaubwürdigkeit nicht leide.

Fraktionsvorsitzender Mensing wiederholte ebenfalls, dass es Aufgabe des Rates sei, Wege auszudenken. So könne beispielsweise hierzu ein eigener Ausschuss gebildet werden. Die Verantwortung für diese Aufgabe könne man nicht an die Verwaltung abschieben.

Ratsmitglied Schröer wandte ein, dass der Antrag der CDU-Fraktion nicht vorsähe, die Arbeit an die Verwaltung abzuschieben. Vielmehr sollten von ihr nur organisatorische Vorarbeiten geleistet werden. Der Antrag der CDU sei in der Diskussion mehrfach falsch zitiert worden.

Fraktionsvorsitzender Branse erklärte, dass er sich mit diesem Antrag eher anfreunden könne, wenn es nur darum ginge, dass die Verwaltung eine Art Fahrplan für die Konzeptentwicklung erarbeite. Dem Vorschlag der WIR-Fraktion auf Bildung eines Ausschusses könne er sich anschließen. Die SPD würde dem Antrag zustimmen, wenn sichergestellt sei, dass der Aufwand für die Verwaltung nicht zu groß sei. Dann könne auch ein Vorschlag für eine Ausschussbildung gemacht werden.

Ratsmitglied Wünnemann erklärte, dass er seinen Vorrednern zustimme. Alle seien guten Willens. Er schlage daher vor, aus jeder Fraktion eine Person für einen noch zu bildenden Ausschuss zu benennen. Später könne man diesen Kreis noch um weitere Personen erweitern. Anschließend könnten die Beratungsergebnisse im Fachausschuss und sodann im Rat vorgestellt und beraten werden.

*Im Anschluss an diesen Wortbeitrag verließ Ratsmitglied Wünnemann die Sitzung.*

Fraktionsvorsitzender Steindorf erklärte, dass zahlreiche gute Vorschläge genannt

worden seien, mit denen sich die CDU anfreunden könne. Die Klammerfunktion würde die Aufgabe der Verwaltung sehr treffend beschreiben. Die Erstellung eines Fahrplanes solle daher bei der Verwaltung in Auftrag gegeben werden.

Anschließend fasste der Rat folgenden **Beschluss**:

Die Verwaltung der Gemeinde Rosendahl wird beauftragt, bis April 2008 eine Strategie zur Aufstellung eines Gemeindeentwicklungskonzeptes für die nächsten 15 Jahre aufzustellen. Diese Strategie muss dem Rat im Mai 2008 zur Beschlussfassung vorgelegt werden und eine Fertigstellung bis spätestens zum 31.05.2009 vorsehen.

Abstimmungsergebnis:           22 Ja-Stimmen  
  1 Nein-Stimme  
  1 Enthaltung

## **9       Mitteilungen**

### **9.1     Neutermminierung der Aufsichtsratsitzung KAIRO**

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass der Jahresabschluss der KAIRO GmbH nicht mehr im Dezember vorgelegt werden könne, sondern erst im Januar 2008. Dann würden der bereits fertiggestellte Wirtschaftsplan und der noch zu erstellende Jahresabschluss vorgelegt. Ein geeigneter Termin würde derzeit noch gesucht.

### **9.2     Erfolg der Bewerbung der Baumberge-Region als "LEADER-Region" im Rahmen des LEADER-Wettbewerbsverfahrens**

Bürgermeister Niehues berichtete über den Erfolg der Bewerbung der Baumberge-Region als "LEADER-Region" im Rahmen des LEADER-Wettbewerbsverfahrens des Landes Nordrhein-Westfalen. Am 19.12.2007 sei eine Besprechung der fünf beteiligten Bürgermeister terminiert. Dann sei auch in der nachfolgenden Ratssitzung ein Ratsmitglied für die Lokale Aktionsgruppe (LAG) zu bestimmen.

### **9.3     Erfolg bei der Bewerbung für die REGIONALE 2013 oder 2016**

Bürgermeister Niehues berichtete über den Erfolg bei der gemeinsamen Bewerbung des westlichen Münsterlandes um die REGIONALE 2013 oder 2016 unter dem Motto „ZukunftsLAND - die REGIONALE im Münsterland“. Er verwies auf die in der Sitzung ausgehändigte Bewerbungsbroschüre.

#### **9.4 Ergebnis der Standortanalyse der IHK Nord Westfalen**

Bürgermeister Niehues berichtete anhand von Folien ausführlich über die Ergebnisse der Standortanalyse der Industrie- und Handelskammer (IHK )Nord Westfalen. Erstmals seien 78 Kommunen im Münsterland und in der Emscher-Lippe-Region anhand von 18 Einzelindikatoren zu den Themen Arbeitsmarkt, Wirtschaft, Familienfreundlichkeit, Demographie, kommunale Finanzen und Infrastruktur auf den Prüfstand gestellt worden. Er erläuterte die überwiegend positive Positionierung Rosendahls im Vergleich der Kommunen. Insgesamt erreiche Rosendahl den 47. Platz von 78 Plätzen. Eine entsprechende Pressemitteilung sei für den nachfolgenden Tag vorgesehen. Der Text der Pressemitteilung und die Kopien der entsprechenden Folien sind der Niederschrift als **Anlage I** beigefügt.

#### **9.5 Sachstand zu den Auswirkungen des neuen KiBiz-Gesetzes auf die Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen in Rosendahl**

Bürgermeister Niehues gab einen ausführlichen Sachstandsbericht zu den Auswirkungen des neuen KiBiz-Gesetzes auf die Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen in Rosendahl.

Insbesondere erläuterte er die Auswirkungen auf die Finanzierung angesichts der Bildung neuer Gruppentypen für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren. Außerdem gab er einen Überblick über die rückläufige Entwicklung der Kinderzahlen in Rosendahl. Zwischenzeitlich habe ein Gespräch mit Vertretern des Kreisjugendamtes, der Träger der Tageseinrichtungen und der Verwaltung stattgefunden. Die Budgetplanungen des Kreises Coesfeld seien vorgestellt worden. Die Träger hätten sich einvernehmlich darauf verständigt, dass jeder Kindergarten sich bemühen werde, mindestens eine Gruppe vom Typ I (Kinder im Alter von 2 Jahren bis zur Einschulung) einzurichten. Hierzu sei dann aber die Anmeldung von mindestens 4 Kindern im Alter unter 3 Jahren Voraussetzung. Für das Gesamtgebiet Rosendahls seien 30 U 3-Plätze eingeplant, also durchschnittlich 10 pro Ortsteil. Nach Durchführung des Anmeldeverfahrens im Januar 2008 könne man mehr sagen. Auch die Staffelung der Elternbeiträge sei besprochen worden.

Kopien der präsentierten Folien zu den o.g. Erläuterungen sind der Niederschrift als **Anlage II** beigefügt.

#### **10 Anfragen der Ratsmitglieder gemäß § 17 Abs. 2 GeschO**

##### **10.1 Sachstand zur Überhanggruppenregelung bei kirchlichen Trägern von Tageseinrichtungen - Herr Branse**

Fraktionsvorsitzender Branse erkundigte sich, ob seitens der kirchlichen Träger von Tageseinrichtungen mit einer Neuregelung der Überhanggruppen gerechnet werden

müsse.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass seitens der kirchlichen Träger vom Generalvikariat Münster Gespräche mit den Kreisen geführt würden. Eine neue Regelung sei geplant. Die alte Regelung sehe bislang noch vor, dass pro Anzahl von 1.500 Katholiken im Gemeindegebiet der Trägeranteil für eine Kindergartengruppe von der Kirche übernommen werde. Die neuen Planungen sähen vor, dass pro 60 Katholiken im Gemeindegebiet 1 Kindergartenplatz durch die Kirche finanziert werde. Es sei daher mittelfristig damit zu rechnen, dass die Gemeinde Rosendahl weiterhin Trägeranteile werde übernehmen müssen, die Kosten jedoch rückläufig sein würden.

## **10.2 Geschwindigkeitsregelung auf der Midlicher Straße in Osterwick - Herr Kuhl**

Ratsmitglied Kuhl erkundigte sich nach den Gründen für die 30-km/h-Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Midlicher Straße in Osterwick. Hierfür zeigten zahlreiche Osterwicker kein Verständnis. Er fragte nach, wie diese Regelung zustande gekommen sei und ob die Gemeinde Möglichkeiten habe, diese Regelung wieder zu ändern.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass in der Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses am 16.08.2007 unter TOP 3.1 ö.S. die Planung zur Verkehrsregelung im Zuge der Sperrung des Ortskernes Osterwick für den LKW-Verkehr ausführlich vorgestellt worden sei. Unter anderem sei auch die Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Midlicher Straße Bestandteil der Planung gewesen. Diese detaillierte Planung habe er in der Sitzung dem Ausschuss zur Kenntnis gegeben. Es habe darüber zwar keinen formellen Beschluss gegeben, der Ausschuss habe der Umsetzung aber insgesamt zugestimmt. Außerdem sei der Verkehrsregelungsplan der entsprechenden Niederschrift des Ausschusses als Anlage I beigefügt worden. Dennoch könne geprüft werden, ob die Geschwindigkeitsbegrenzung im oberen Teilbereich ggf. wieder aufgehoben werden könne.

Ratsmitglied Schulze Baek erklärte, dass im Bereich der Bushaltestelle die Geschwindigkeitsbegrenzung Sinn mache und beibehalten werden solle. Ansonsten wäre eine Aufhebung angemessen.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass er in dieser Angelegenheit Rücksprache mit dem Kreis Coesfeld halten werde und in der nächsten Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses einen neuen Vorschlag zur Verkehrsregelung auf der Midlicher Straße unterbreiten werde.

### **10.3 Möglichkeiten einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf der K 41 in Osterwick-Höven - Herr Henken**

Ratsmitglied Henken teilte mit, dass es zahlreiche Beschwerden von Anliegern der K 41 in Osterwick-Höven gäbe, dass im Bereich zwischen dem Bahnübergang in Höven und Hallekamp viele Fahrzeuge erheblich zu schnell fahren würden. Er fragte nach, ob sich bereits betroffene Eltern von Schulkindern gemeldet hätten, um einen Antrag auf Einrichtung einer dortigen Tempo 70-Zone in der Zeit zwischen 7.00 Uhr und 15.00 Uhr zu stellen.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass dieses Anliegen ihm bereits zugetragen worden sei, es aber noch keinen schriftlichen Antrag gäbe. Er würde dieses Anliegen aber bereits als Auftrag verstehen und habe entsprechende Planungen bereits in die Wege geleitet.

### **10.4 Verkehrsführung auf der Pfarrer-Wiedenbrück-Straße in Darfeld - Frau Haßler**

Ratsmitglied Haßler fragte nach, ob die im Zuge der Sanierung des Darfelder Ortskernes vorgenommene Öffnung der Pfarrer-Wiedenbrück-Straße für den beiderseitigen Verkehr erhalten bliebe oder nach Abschluss der Umgestaltung des Dorfkerne wieder rückgängig gemacht werde.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass die derzeitige Regelung Bestand hätte und keine Einbahnstraßenregelung mehr für den vorderen Teil der Pfarrer-Wiedenbrück-Straße (bis Wiesmann) vorgesehen sei.

### **10.5 Dauer von Betriebspraktika für SGB II-Empfänger - Herr Mensing**

In Ergänzung seiner Anfrage in der vorangegangenen Ratssitzung erkundigte sich Fraktionsvorsitzender Mensing nach der Dauer von Betriebspraktika von SGB-II-Empfängern in der Gemeinde Rosendahl.

Bürgermeister Niehues sagte eine Beantwortung über das Protokoll zu.

Hinweis:

Die vom 01.01.2005 bis zum 20. November 2007 durch das Zentrum für Arbeit insgesamt vermittelten 53 Betriebspraktika hatten eine unterschiedliche Dauer von 2 Tagen bis zu 4 Wochen. Die Dauer eines Praktikums ist dabei grundsätzlich auf maximal 4 Wochen begrenzt.

### **10.6 Möglichkeit der Verbesserung der Übersichtlichkeit auf dem Parkplatz am Dienstleistungszentrum in Osterwick - Herr Kuhl**

Ratsmitglied Kuhl teilte mit, dass im Bereich des Dienstleistungszentrums in Oster-

wick aufgrund der Höhe der Bepflanzungen der Parkplatzbereich sehr unübersichtlich und gefährlich sei. Er fragte nach, ob die Hecken beschnitten werden könnten.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass die Straße zwar öffentliche Fläche sei, die Parkplätze sich jedoch in privater Hand befänden. Ein Rückschnitt der Hecken werde jedoch geprüft.

#### **10.7 Anbringen einer Straßenmarkierung am Darfelder Markt in Darfeld - Herr Fliß**

Ratsmitglied Fliß erkundigte sich, ob im Bereich der Einmündung Darfelder Markt/Ortsmitte/Höpinger Straße in Darfeld eine Straßenmarkierung angebracht werden könne, um die geänderte Vorfahrtsregelung noch stärker zu verdeutlichen. Einige Darfelder hätten ihn bezüglich vorhandener Unsicherheiten in der Verkehrsführung angesprochen.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass mögliche Maßnahmen in einem Ortstermin mit dem Kreis Coesfeld geklärt würden.

#### **10.8 Aktuelles Telefonverzeichnis der Gemeindeverwaltung für Ratsmitglieder - Herr Steindorf**

Fraktionsvorsitzender Steindorf fragte nach, ob den Ratsmitgliedern nicht ein aktuelles Telefonverzeichnis zur Verfügung gestellt werden könne.

Bürgermeister Niehues wies darauf hin, dass im Anhang des demnächst erscheinenden neuen Veranstaltungskalenders ein aktuelles Telefonverzeichnis vorhanden sei. Außerdem könne jedem Ratsmitglied ein gesondertes Telefonverzeichnis zur Verfügung gestellt werden.

#### **10.9 Neuer Sitzungskalender 1. Halbjahr 2008 - Herr Söller**

Ratsmitglied Söller erkundigte sich, wann die neuen Termine des Sitzungskalenders für das 1. Halbjahr 2008 bekannt gegeben würden.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass ein Entwurf des neuen Sitzungskalenders vor der nächsten Ratssitzung zur Verfügung gestellt werde. Er wies bei dieser Gelegenheit darauf hin, dass die für den 31.01.2008 vorgesehene Ratssitzung neu terminiert werden müsse, da der geplante Termin auf Altweiber 2008 fiel.

## **11 Einwohner-Fragestunde gemäß § 18 Abs. 1 GeschO**

### **11.1 Anbringen eines Vorfahrtschildes an der Kirchstraße in Holtwick - Herr Strahl**

Herr Strahl erkundigte sich, ob ein im Bereich der Kirchstraße in Holtwick entfernte Vorfahrtschild ersetzt würde.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass dieses vor Ort abgeklärt werden müsse.

Hinweis:

Die Vorfahrtschilder im Bereich der Kirchstraße in Holtwick – ein Schild war im Zuge der Baumaßnahme abmontiert worden, ein weiteres verwittert – sind bereits bestellt und werden nach Fertigstellung umgehend angebracht.

*Die öffentliche Sitzung war um 23.22 Uhr beendet.*

Niehues  
Bürgermeister

Dorothea Roters  
Schriftführerin